

Berlin, 14. Mai 2025
jt/ae



Investitionen ermöglichen, Personalnot lösen, Altschulden tilgen – ver.di und Deutscher Städte- und Gemeindebund fordern von der Bundesregierung eine belastbare Finanzierung der Kommunen

5 Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Deutsche Städte- und Gemein-
debund (DStGB) fordern die neue Bundesregierung auf, für eine nachhaltige und
auskömmliche Finanzierung der Kommunen in Deutschland zu sorgen. „Ein demo-
kratisches Gemeinwesen braucht starke Kommunen und einen starken öffentlichen
10 Dienst mit gut qualifiziertem Personal“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die
am Mittwoch anlässlich der laufenden Frühjahrssitzung des Arbeitskreises Steuer-
schätzungen veröffentlicht wurde.

Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende **Christine Behle** und der DStGB-Hauptge-
schäftsführer **Dr. André Berghegger** formulieren darin fünf Kernforderungen, um
15 die Handlungsfähigkeit der deutschen Kommunen dauerhaft zu sichern. „Ohne aus-
reichend Mittel und Personal können die Kommunen nicht die Weichenstellungen
vornehmen, die für unsere Zukunft notwendig sind – etwa bei Klimaschutz, Wohnen,
Verkehr, Energie, Gesundheit und Pflege“, sagte Christine Behle. Städte und Gemein-
den müssten Schulen und öffentliche Gebäude sanieren, die Kinderbetreuung aus-
20 bauen, die regionale Infrastruktur entwickeln. „Angesichts der prekären Finanzlage
besteht dringender Handlungsbedarf“, erklärte Dr. André Berghegger. „Wir erwarten
von der Bundesregierung, möglichst rasch konkrete Vorschläge zu machen, wie die
strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu beenden ist.“

25 In der Erklärung fordern die Gewerkschaft und der Deutsche Städte- und Gemeinde-
bund konkret, den Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern zu erhöhen
und die Milliarden aus dem neuen Investitionsfonds schnell zur Verfügung zu stellen.
Für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse dürften sich die Unterschiede zwischen
finanzschwachen und -starken Kommunen nicht verschärfen: Aufgaben aus Gesetzen
30 des Bundes seien vom Bund zu bezahlen, Bund und Länder müssten eine Altschul-
denregelung für defizitäre Kommunen vorlegen – auch dürften Steuererleichterungen
nicht zu Lasten kommunaler Einnahmen gehen, erklärten Behle und Berghegger. Die
Personalnot bei Fachkräften gelte es in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen:
„Wir fordern den Bund auf, die im Koalitionsvertrag angekündigte Fachkräfte-Offen-
35 sive gemeinsam mit Ländern und Kommunen und den Sozialpartnern zu entwickeln.“

Städte und Gemeinden seien das Fundament der Demokratie, betonten die ver.di-
Vizevorsitzende und der DStGB-Hauptgeschäftsführer: „Hier haben die Menschen
den ersten Kontakt mit dem Staat.“ In Zeiten des Umbruchs seien daher gerade die
40 Kommunen als Stabilitätsanker gefordert.

MEDIENINFORMATION